

DIE LINKE. Berlin  
8. Landesparteitag, 1. Tagung  
16./17. Januar 2021

Antrag A7

Antragssteller\*in: Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV, BV Tempelhof-Schöneberg, BV  
Charlottenburg-Wilmersdorf, BV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Aussetzung der **„Kostensenkungsverfahren“** für Transferbezieher\*innen

2 Die Abgeordnetenhausfraktion und die Senator\*innen der LINKEN werden gebeten, sich dafür  
3 einzusetzen, dass im Interesse der Bezieher\*innen von Sozialleistungen nach dem SGB II und SGB XII,  
4 die Aufforderung durch die zuständigen Stellen, die Kosten der Unterkunft zu senken, in Berlin vorerst  
5 ausgesetzt wird bis ausreichend Wohnungen im unteren Preissegment zur Verfügung stehen und eine  
6 verbindliche Vermietungszusage Seitens der Vermieter\*innen auch zeitnah durch Jobcenter/Sozialamt  
7 bearbeitet wurden.

8 Begründung:

9 Sozialleistungsbezieher\*innen sollen nicht mehr aufgefordert werden, die Kosten der Unterkunft (KdU)  
10 zu senken, wenn nach Mieterhöhungsverlangen der Vermieter\*innen die **„Richtwerte“** überschritten  
11 werden und keine angemessene Wohnung in Berlin verfügbar ist. Eine Suche nach günstigerem  
12 Wohnraum ist auf Grund der angespannten Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt in aller Regel  
13 erfolglos. Ein nicht unerheblicher Teil der Leistungsbezieher\*innen zahlt einen Teil der Miete aus den  
14 ohnehin schon knapp bemessenen Regelleistungen. Durch das Kostensenkungsverfahren der  
15 zuständigen Behörden wird nicht selten Wohnungslosigkeit verursacht. Die dann anfallenden Kosten  
16 durch Obdachlosigkeit sind - unabhängig vom menschlichen Leid - um ein Vielfaches höher als die  
17 Überschreitung der Richtwerte der AVWohnen/KdU.